

# “Es ist unzumutbar, eine weitere Befestigung von institutionellem Rassismus zu dulden.”

Michel Garand ist Kanadier ohne Grenzen, 1995 ausgewandert nach Slubfurt (Frankfurt (Oder)/Slubice). Anfang 2008 wurde er auf Empfehlung des Oberbürgermeister a.D. Martin Patzelt (CDU) durch die Stadtverordnetenversammlung mit einer überwältigenden Mehrheit zum Integrationsbeauftragten der Stadt Frankfurt (Oder) bestellt. Neben seinen vielfältigen Aufgaben als Integrationsbeauftragter ist Garand u. a. Vorsitzender von Slubfurt e.V. und Miteinander Leben e.V., wo er sich unter anderem mit Fragen der deutsch-polnischen Verständigung und des inneren Friedens befasst.

Die ablehnende Entscheidung der Stadtverordneten zu einem Antrag auf Prüfung von alternativen Unterbringungsmöglichkeiten für asylsuchende Menschen veranlasste Garand, als Integrationsbeauftragter und als ausländischer Einwohner der Stadt Frankfurt (Oder) Stellung zu nehmen. Sein Standpunkt zum institutionellen Rassismus wurde in verschiedenen verwaltungsinternen Sachstandsberichten und Verfügungen thematisiert. Als deutlich wurde, dass das Vorhandensein von institutionellem Rassismus durch die Verwaltungsführung weiterhin verneint wird, entschied er sich, das Problem mit deutlichen Worten in einem offenen Brief transparent zu machen, den wir im Folgenden dokumentieren.



Bild: Michel Garand

Frankfurt (Oder), 09.09.2010

## Offener Brief: Stellungnahme zur weitere Befestigung von institutionellem Rassismus in der Stadt Frankfurt (Oder)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Wilke, sehr geehrter Herr Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Fritsch, sehr geehrte Stadtverordnete,

von den Aussagen und der Abstimmung zu der Vorlage Nr. 10/ANT/0515: "Dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern" in der 13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 06.05.2010 bin ich bitter enttäuscht. Als Integrationsbeauftragter und auch als ausländischer Einwohner dieser Stadt, sehe ich diesen Tag der Abstimmung als einen der schwärzesten in der Geschichte der Stadt Frankfurt (Oder) seit Neugründung des Stadtparlamentes nach der Wende! Das Ergebnis zeigt das Leitbild und den Willen der Stadt Frankfurt (Oder), institutionellen Rassismus weiter zu führen. Die Aussagen und das Verhalten des Vorsitzenden, Herrn Peter Frisch, gegenüber dem Stadtverordneten Herrn Lenden sowie die Rechtsauffassung einiger Stadtverordnete empfinde ich als sehr bedenklich.

Die Beschlussvorlage vom Stadtverordneten Herr Lenden war lediglich ein Auftrag an die Stadtverwaltung, die Unterbringung aller Asyl suchenden Menschen in

Wohnungen qualifiziert und detailliert zu prüfen. Die vorgelegten Anlagen zur Beschlussvorlage zeigen uns Beispiele (unter geltendem Gesetz!) von anderen Kommunen und Ländern. Diese Unterlagen zeugen von einem ganz anderen Willen der Bundes- und Landesregierung und vieler Kommunen in West- genauso wie in Ostdeutschland!

Auch die Landesregierung teilt beispielsweise die Einschätzung der Stadt Cottbus, dass sich das Konzept der dortigen dezentralen Unterbringung bewährt und dazu beigetragen hat, die oftmals durch eine jahrelange Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften verursachten physischen und psychischen Beeinträchtigungen und erheblichen sozialen Spannungen zu vermindern und die Stigmatisierung von Asylbewerbern und "geduldeten" Menschen - vor allem von Kindern und Jugendlichen - aufzubrechen.

Seit mehr als 10 Jahren wird in Frankfurt immer wieder darüber diskutiert, ob Asylsuchende Menschen zentral oder dezentral untergebracht werden. Bis heute liegen allerdings keine objektiven Zahlen und Kostenvergleiche zu alternativen Unterbringungsmöglichkeiten vor. Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, wieso man Angst hat, die Gegebenheiten hier in Frankfurt (Oder) mit einem Gutachten unter die Lupe zu nehmen. Insbesondere, wenn es möglich wäre, Geld einzusparen UND eine Festigung von Menschenrechten geleistet werden könnte. Ich frage mich, warum wollen Sie das nicht?

Gutgemeint, um möglicherweise Schadensbegrenzung zu betreiben oder den Vorwurf von "struktureller Rassismus" zu entkräften, hat der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder), Herr Peter Fritsch, dem Übergangwohnheim An den Seefichten 20 einen "unangemeldeten" Besuch abgestattet. In der Märkische Oderzeitung vom 18.06.2010 wurde darüber berichtet. Er habe sich umgesehen und "ordentliche Räume" vorgefunden - keinen strukturellen Rassismus.

Ein Besuch in einem Übergangwohnheim kann das Vorhandensein von strukturellem bzw. institutionellem Rassismus nicht beweisen oder negieren.

Die Wirkungskraft der Deutschgesetzgebung im Bereich Ausländerecht wird oft unterschätzt. Ausländer sind in besonderer Weise durch rechtliche und soziale Marginalisierung zumeist bundesgesetzlichen Regelungen ausgesetzt. Auf institutioneller Ebene findet eine Festschreibung von Ausgrenzung statt. Die gesetzlichen Bestimmungen fördern Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Häufig werden Ausländer in diesem Land und hier vor Ort in Frankfurt (Oder) auf ihren Aufenthaltsstatus als "hochqualifizierte Arbeitskräfte" oder als "Geduldete" reduziert und nicht als Menschen mit unterschiedlichen Träumen, Fähigkeiten und Professionen betrachtet.

Ob Frankfurter, Asylsuchende, "Geduldete" oder "hochqualifizierte" Arbeitskräfte: Alle Menschen sollten das gleiche Recht auf ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben haben. Denn letzten Endes sind wir alle eine enorme Bereicherung für unsere Gesellschaft.

Rassismus hat immer mit Missachtung, Diskriminierung, Ausbeutung, Ausgrenzung und Ausschluss zu tun. Rassismus ist eine Krankheit und verbreitet sich. Man findet es nicht nur unter den "rechten" Jugendlichen. Man findet Rassismus überall, auch hier unter uns! Wir leiden alle darunter. Aber gegen unseren Schmerz haben Andere für uns Lösungen gefunden. Einer "friedliche Revolution" der Gegenwart? Diese Lösungen hören auf die Namen wie "Toleranz", "Integration", "Interkultureller und Interreligiöse Dialog" oder "Vielfalt". Das ist in Frankfurt nicht anders als in anderen Städten - aber anderswo wurden Lösungen für gefunden. Ich frage mich, wo findet denn bei uns Inklusion statt?

Aus dem Ausländischen Bevölkerungsanteil mit erhöhtem Förderbedarf sind insbesondere die "Geduldeten" und Asylbewerber in den Händen von einem System, das ihnen die elementarste Würde verneint. Menschen dürfen nicht per Gesetz oder durch Auslegung des Gesetzes willkürlich behandelt werden, man darf ihnen nicht die Grundrechte willkürlich entziehen. Einige Stadtverordnete sind der Meinung, dass "Geduldete" nicht zu dem zu "integrierenden" Teil der ausländischen Bevölkerung gehören. Ist die "Lagerung" und der "Verwaltung" dieser "unerwünschten" Menschen im sog. Übergangwohnheim die Lösung?

Diese Menschen wohnen seit Jahren hier bei uns. Mit Hauptwohnsitz angemeldet. Sind sie da nicht auch als Frankfurter zu betrachten?

Die Unterbringung bzw. die "Lagerung" Asylsuchender geschieht auf menschenverachtende Art und Weise. Menschen verschiedener Kultur und Glauben müssen auf engstem Raum jahrelang in der so genannten Gemeinschaftsunterkunft bzw. dem Übergangwohnheim An der Seefichten 20 ein tristes und menschenunwürdiges Dasein fristen. Wasch- und Kochgelegenheiten müssen gemeinsam jahrelang genutzt werden, und da auch Privat- und Intimsphäre beinahe vollkommen entfallen, sind Konflikte untereinander so gut wie vorprogrammiert. Seit Jahren wohnen und leben viele Heimbewohner unter gesetzlich verordneter Abhängigkeit und Untätigkeit. Damit werden auch Apathie, Wut, Frust, Ärger, Unmut oder einfach nur Stress über einen längeren Zeitraum aufgebaut. Die Folge sind u.a. seelisches und körperliches Leid, Krankheiten wie Alkohol- und Drogensucht oder Gewaltausbrüche. Dies betrifft insbesondere allein lebende Heimbewohner. Auf Grund behördlichen Handelns bzw. Nichthandelns werden sie an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Als Ausländerbeauftragter sehe ich die Situation der Asylbewerber - auch sichtbar an mehreren Auseinandersetzungen zwischen Heimbewohnern sowie zwischen Heimbewohnern und Mitarbeitern in den letzten Jahren und der nach wie vor anhaltenden Spannungen im Übergangwohnheim - als unzumutbar an! Indem die Stadt nicht einmal prüft, ob andere Lösungen möglich wären, nimmt sie die weitere Gefährdung von Heimbewohnern, Mitarbeitern der Stadtverwaltung, der Wachschutzfirma und der Allgemeinheit billigend in Kauf!

Es ist unzumutbar, eine weitere Befestigung von institutionellem Rassismus zu dulden.

Um dem entgegen zu treten, muss lediglich der politische Wille vorhanden sein. Hier vor Ort in Frankfurt (Oder) haben wir es in der Hand, die unzumutbaren Zustände zu verändern.

Ich glaube, uns sind keineswegs die Hände gebunden, Frankfurt freundlich zu machen! Wir haben die Möglichkeit, unter geltendem Gesetz, wie in vielen Kommunen in Ost- und Westdeutschland, in menschenwürdiger Art und Weise mit Asylsuchenden und "Geduldeten" umzugehen. Wo Gesetze geändert werden müssen, haben wir verschiedene politische Möglichkeiten, vorzugehen.

Ich frage Sie als Entscheidungsträger der Stadt Frankfurt (Oder): Welchen "Handlungsplan" wollen Sie verfolgen? Welche Vorbilder und welches Erbe für die kommenden Generationen wollen Sie hinterlassen?

Mit freundlichen Grüßen

Michel Garand